



Newsletter 12/22, 22. Dezember 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

im Dezember ist die letzte von 21. Plenarwochen in Berlin zu Ende gegangen. Das Jahr 2022 hat uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor viele herausfordernde Entscheidungen gestellt. Als Gesundheitspolitikerin sind mir die Entwicklungen in diesem Bereich natürlich besonders wichtig. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir in den letzten Monaten unter anderem Folgendes auf die Tagesordnung des Plenums gebracht:

- Wir haben ein [Soforthilfeprogramm](#) für Krankenhäuser zur Abfederung unvorhersehbarer inflationsbedingter Kostensteigerungen gefordert. Dies ist in Zeiten allgemeiner Preissteigerungen und des eklatanten Anstiegs von Kosten insbesondere für Energieversorgung unbedingt notwendig!
- Wir haben einen Änderungsantrag zum "Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung" gestellt und mit unserer beharrlichen Arbeit erreicht, dass Hebammen im Pflegebudget verbleiben und weiter auf den Stationen verfügbar sind!
- Wir haben in einem [Antrag](#) eine Erweiterung der Corona-Bonuszahlung für Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte und Beschäftigte im Rettungswesen gefordert. Die Ungleichbehandlung in diesem Bereich ist nicht akzeptabel!
- Wir haben einen [Entschließungsantrag](#) zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz gestellt. Wir wollen die Pflegekräfte jetzt entlasten, auf der anderen Seite jedoch starre Fachkraftquoten vermeiden, um die patientenbezogene Behandlungs- und

Versorgungsqualität flexibel sicherzustellen und zu verbessern.

Als Opposition im Deutschen Bundestag werden wir auch im neuen Jahr unzulängliche Vorhaben der Ampelkoalition aufzeigen und uns mit aller Kraft für die notwendigen Korrekturen einsetzen.

Eine wichtige fraktionsübergreifende Initiative im Bundestag der letzten Wochen möchte ich nicht unerwähnt lassen. Ende November beging die Ukraine den 90. Jahrestag des Gedenkens an den Holodomor. In den Jahren 1932/1933 fielen Millionen von Ukrainern dem Hungertod zum Opfer – ausgelöst durch Entscheidungen der sowjetischen Führung unter Josef Stalin zur Bekämpfung politischer Gegner. Im Zuge dessen verhungerten schätzungsweise über drei Millionen Menschen. Zum 90. Jahrestag dieses historischen Verbrechens wurde diesem mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gedacht. Wir wollen die politische Anerkennung des Holodomor als Völkermord erreichen. Zahlreiche Historiker und Völkerrechtler teilen die Einschätzung, dass der Holodomor die materiellen Bedingungen für einen Völkermord nach Art. 4 der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes erfüllt. Der Deutsche Bundestag ist kein historisches oder juristisches Gremium – aber ihm kommt eine besondere politische Verantwortung im Rahmen der Erinnerungskultur zu. Mit der Anerkennung des Holodomor als Völkermord erfüllt der Bundestag diese Verantwortung und verurteilt eines der größten stalinistischen Verbrechen. Dies ist auch gerade vor der aktuellen Situation des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine unsere Pflicht und auch auf diesem Weg zeigen wir, dass wir an der Seite der Ukraine stehen!

Nun wünsche ich Ihnen und Ihren Familien besinnliche Feiertage, in denen Sie zur Ruhe kommen können, ein schönes Fest und kommen Sie gut ins neue Jahr!

Ihre



Neues aus dem Bundestag



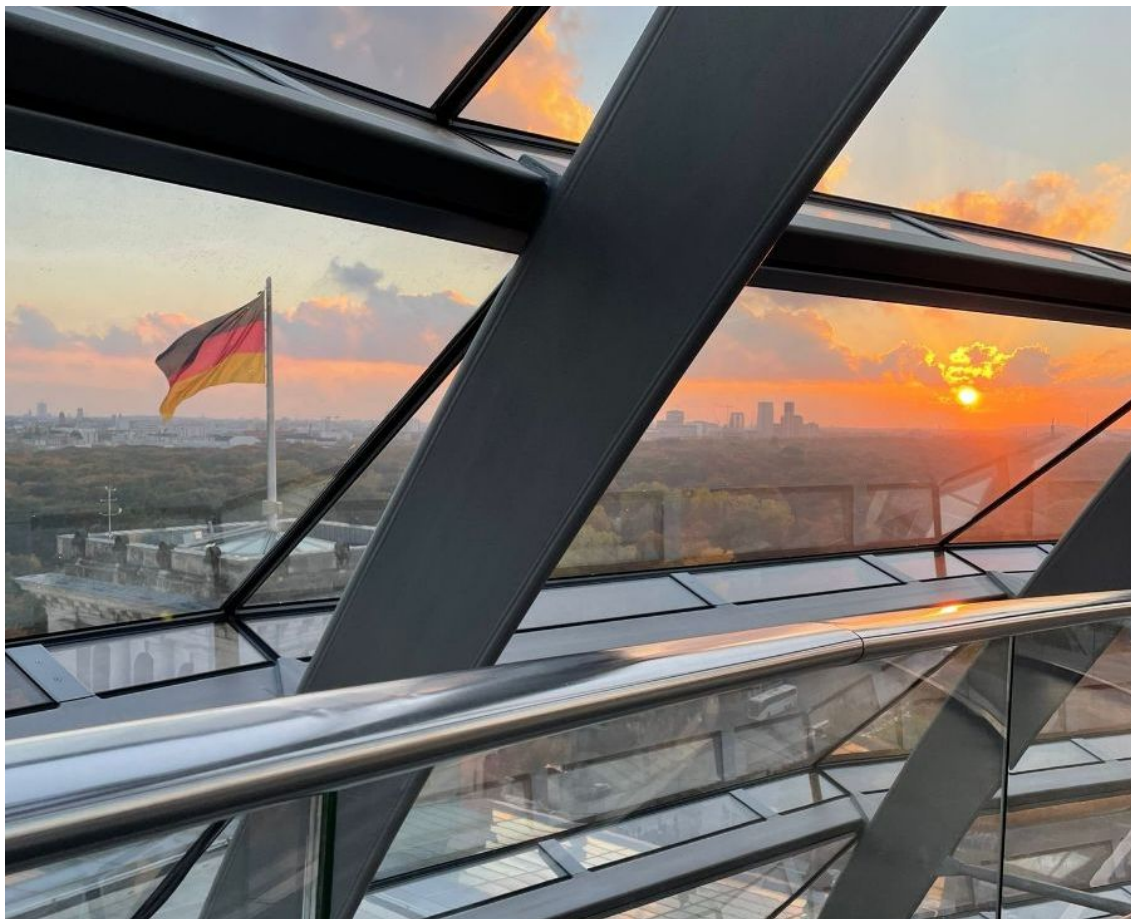
Plenarwoche 28. November - 02. Dezember

Wir haben uns in unserem Leitantrag gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer durch die Hintertür gewendet. Mit Zustimmung des Bundesrats hat die Ampelkoalition mittlerweile zum Jahreswechsel eine Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien und Grundstücken durch das Jahressteuergesetz 2022 eingeführt. Die Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden hingegen nicht angepasst, damit wird ab 2023 in vielen Fällen eine höhere Steuer fällig. Dieses Vorgehen der Ampel sorgt für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung. In unserem Leitantrag hatten wir festgestellt: "Das Elternhaus muss in der Familie weiterhin steuerfrei vererbt werden können. Hierzu bedarf es aufgrund der Verteuerung von Immobilien in den letzten Jahren einer substantiellen Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer." Zusätzlich haben wir uns für eine Regionalisierung der Freibeträge eingesetzt, um örtlichen Unterschieden in der Wertentwicklung gerecht zu werden. Leider hat die Ampelkoalition unsere Korrekturen des Gesetzentwurfs nicht aufgegriffen. Viele Immobilienerben werden nun ihr Elternhaus im Erbfall nicht halten können und werden gezwungen sein, dies zu verkaufen oder einen hohen Kredit aufzunehmen. Die negativen Folgen dieser fehlerhaften Politik zeigen sich bereits jetzt: In vielen Gegenden Deutschlands ist es kaum möglich, noch in diesem Jahr einen Notartermin zu bekommen,

weil die Menschen in Sorge vor dem Verlust ihres familiären Heims versuchen, dieses noch im Jahr 2022 zu übertragen.

Eine weitere Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschäftigte sich mit dem Schutz unserer Wälder. Die deutschen Wälder bedecken ein Drittel unserer Landesfläche. Sie haben zentrale Bedeutung für das Klima, das ökologische Gleichgewicht und die Zukunft unseres Landes. Aufgrund der klimatischen Entwicklungen sind unsere Wälder einem erhöhten Waldbrandrisiko ausgesetzt. Mit unserem Antrag Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz, den wir in erster Lesung beraten haben, haben wir die verheerenden Großbrände dieses Jahres im Harz, in der Sächsischen Schweiz und in Brandenburg in den Blick genommen und effektive Maßnahmen gefordert, um Deutschlands Wälder besser zu schützen. Wir haben die Bundesregierung u. a. dazu aufgerufen, die Rolle des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu stärken, haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte durch eine verstärkte Anerkennungskultur und optimale Ausstattung zu motivieren und so auch die Nachwuchsgewinnung zu verbessern. Darüber hinaus fordern wir u.a., eine gemeinsame Beschaffung von Löschhubschraubern auch von Löschflugzeugen zusammen mit den Ländern zu prüfen und bei der Beschaffung von Helikoptern für die Bundeswehr, Bundespolizei und Zivilschutz deren Einsatzfähigkeit in Waldbrandszenarien mit zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll das Mindeststrafmaß für vorsätzliche Brandstiftung auf zwei Jahre erhöht werden.





Plenarwoche 12. Dezember - 16. Dezember

Zwar nicht im Plenum, dafür aber in unserer plenar-wöchentlichen CDU/CSU-Fraktionssitzung haben wir uns mit dem Thema „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“ vertieft auseinandergesetzt und die Iran-Expertin und ehemaligen ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri, zum Thema gehört.

Die durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini im Polizeigewahrsam am 16. September ausgelösten Unruhen und Proteste im Iran sind bis heute stark und ungebrochen. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Ali Chamenei und seine Mullah-Führung in Frage.

Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen von mittlerweile über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten seit Beginn der Proteste, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor. Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen zwei 23jährige Protestierende aufgrund von "Kriegsführung gegen Gott". Die mutigen Demonstranten im Iran verdienen all unsere Unterstützung und unseren Respekt!

Darüber hinaus setzen wir unseren Antrag „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“ erneut auf und unterstreichen so unsere Forderungen an die Bundesregierung: Deutschland muss die Protestbewegung entschlossen unterstützen! Die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, müssen ausgeweitet werden. Deutschland muss im EU-Rahmen entschiedener und schneller handeln. Die EU muss zudem die iranischen

Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigung listen! Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran.

Die Bundesregierung muss in dieser historischen Chance viel mehr tun, um die mutigen Menschen im Iran zu unterstützen, und darf nicht weiter untätig bleiben!

Einer unserer Anträge im Plenum beschäftigte sich mit der Planungssicherheit und dem Vertrauen beim Umweltbonus für Käuferinnen und Käufer von Elektrofahrzeugen. Die Bundesregierung hat die Förderung von Elektrofahrzeugen (sog. Umweltbonus) in diesem Jahr neu ausgerichtet. Ab 2023 werden die Förderbedingungen geändert: Künftig fallen Plug-In-Hybride komplett aus der Förderung und Elektroautos werden je nach Kaufpreis lediglich noch mit 3.000 bzw. 4.500 Euro gefördert. Für die Förderung kommt es auf den Zeitpunkt der Zulassung des Fahrzeugs und die Antragstellung, aber nicht auf die Bestellung an. Diese Entwicklung war jedoch für viele Käufer beim Zeitpunkt ihrer Bestellung nicht absehbar – zumal sich aufgrund der weltweiten Lieferkettenprobleme die Lieferzeiten teilweise auf über ein Jahr verlängert haben. Nun werden viele Autohändler samt Kunden zum Jahresende von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: Für die betroffenen E-Fahrzeug-Käufer muss eine Vertrauensschutzregelung getroffen werden!



Meine dritte Wahlkreis-Besucherguppe in Berlin

Kurz vor Weihnachten konnte ich meine dritte Besucherguppe aus dem Wahlkreis bei mir in Berlin begrüßen. Dieses Mal besuchten mich Vertreter:innen des Mittelstands und Unternehmer:innen aus Lörrach-Müllheim im Bundestag.

Meine liebe Bundestagskollegin Gitta Connemann stand uns am ersten Tag in der Schweizer Botschaft für eine Diskussion zu Wirtschaftsthemen zur Verfügung. Gitta Connemann ist seit Dezember 2021 Bundesvorsitzende der Mittelstands- und

Wirtschaftsunion und damit unsere wirtschaftspolitische Stimme des Mittelstands. Ausgehend von der zentralen Frage "Welche Politik braucht der Mittelstand heute?" haben wir uns umfassend ausgetauscht. Meine Gäste haben die Möglichkeit lebhaft genutzt und viele Fragen mit Gitta Connemann diskutiert: Welche Maßnahmen schlägt die Union zur Entlastung des Mittelstands vor? Warum dauert die Anerkennung von ausländischen Fachkräften in Deutschland so lange? Warum lassen wir Kernkraftwerke nicht befristet weiterlaufen, um damit der Strommangellage und den teuren Preisen für die Wirtschaft entgegenzuwirken? Warum wird Europa von Bürokratie und langen Genehmigungsverfahren bestimmt und ermöglicht China immer größeren Einfluss, z.B. Anteile am Hamburger Hafen? All diese Themen wurden intensiv diskutiert.

Gitta Connemann erläuterte, dass zwar viel über den Mittelstand geredet wird, aber nur wenige wissen, was „Mittelstand“ eigentlich bedeutet: Es sind die kleinen und mittleren Betriebe, oftmals seit Generationen in Familienhand. Wir sind uns einig: Diese Familienbetriebe müssen wieder stärker Gehör finden!

Ein weiteres Highlight war ein Vortrag meines Bundestagskollegen Roderich Kiesewetter, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss sowie Sprecher für Krisenprävention der CDU/CSU-Fraktion. Er gab einen beeindruckenden weltpolitischen Überblick! Es gibt nur wenige Expert:innen in diesem Bereich, die über so viel Expertise verfügen wie mein MdB-Kollege! Roderich Kiesewetter war im Januar heftig kritisiert worden, als er sagte, dass es definitiv zum Krieg Russlands gegen die Ukraine kommen wird und auch Szenarien entworfen hat, die leider genau so eingetreten sind. Hier zeigte sich sein Weitblick und seine Erfahrung im außenpolitischen Bereich! Die Teilnehmer der Gruppenreise waren nachhaltig beeindruckt von Roderich Kiesewetter, mit dem sie gerne noch länger diskutiert hätten.

Viel wurde über die Militärstrategie Deutschlands und die aktuelle Verteidigungspolitik gesprochen. Dabei wurde Kritik an Kanzler Scholz deutlich: langes Zögern bei Hilfen für die Ukraine, keine echte Unterstützung durch Waffenlieferungen. Die Ampel-Regierung kann sich nicht einmal darauf verständigen, dass die Ukraine den Krieg gewinnen muss. Dies ist ein Armutszeugnis, waren sich alle Anwesenden einig!





DialogWERKSTATT: Cannabis-Legalisierung - ja oder nein?

Diese Frage habe ich mit Dr. Kirsten Kappert-Gonther, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Bundestag, Prof. Dr. Dr. Katharina Domschke, Uni-Klinik Freiburg, Ärztliche Direktorin, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, und Johannes Ertelt, Apotheker und Vorstandsvorsitzender vom Verband der Cannabis versorgenden Apotheken (VCA) sowie Bürgerinnen und Bürgern bei meiner digitalen DialogWERKSTATT diskutiert.

Die Freigabe von Cannabis ist auch ein Projekt von SPD, Grünen und FDP aus dem Koalitionsvertrag. Gesundheitsminister Lauterbach, ursprünglich ein Gegner der Legalisierung, treibt die Freigabe voran und hat ein Eckpunktepapier bei der EU zur Klärung eingereicht. Denn: Cannabis ist in der EU verboten - eigentlich. In mehreren Ländern jedoch werden die Gesetze lasch bis gar nicht eingehalten, so zum Beispiel in den Niederlanden, wo der Konsum seit 1976 mit einer Gesetzesänderung lediglich geduldet wird.

Die wichtigsten Punkte:

- Cannabis ist eine Droge und schädlich, insbesondere für junge Menschen bis 25 Jahren, weil sich bis dahin das Gehirn entwickelt. Das in der Cannabispflanze enthaltene THC wirkt sich auf die Reifung des Gehirns aus! Sprich: die Gehirnleistung kann eingeschränkt werden.
- Nachweisbar ist, dass Volumen, Form sowie Dichte der Nervenzellen sich durch Cannabis verändern.
- Abhängig von der individuellen genetischen Situation und familiären Erkrankungen, die oftmals nicht bekannt sind, kann sich der Konsum auf die kognitiven Fähigkeiten auswirken, zu Amotivation, depressionsähnlichen Zuständen bis hin zu auftretenden #Psychosen.
- Es besteht bei Cannabiskonsum grundsätzlich ein 10%iges Risiko, abhängig zu werden, bei täglichem Konsum erhöht sich dieses auf 25%.
- Das Wort ‚Legalisierung‘ birgt die Gefahr einer Banalisierung und Bagatellisierung von Cannabis. Legal bedeutet nämlich NICHT ungefährlich!!
- Die Cannabispflanze beinhaltet 400-500 Stoffe, die verschiedene Wirkungen haben. Viele dieser Bestandteile sind jedoch noch nicht hinreichend erforscht. Medikamente mit Cannabis sollen in das System des Körpers eingreifen, beispielsweise bei Schmerzpatienten. Auch hier müssen auch bei ärztlich verordneter Einnahme immer Neben- und Wechselwirkungen einkalkuliert werden.

Einig waren sich alle Teilnehmenden: Sucht- und Drogen-Prävention, Hilfsangebote und Unterstützung bei einer bereits vorliegenden Abhängigkeit sowohl bei Legalisierung als auch bei Nicht-Legalierung von Cannabis müssen umfassend und flächendeckend ausgebaut werden.



Geopolitische Zeitenwende: Worauf es jetzt für Deutschlands Sicherheit und

Wohlstand ankommt

Auf Einladung des CDU Stadtverbands Zell haben wir Anfang Dezember mit meinem Kollegen Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sehr intensiv über die von Kanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ und die Auswirkungen diskutiert. Thorsten Frei machte deutlich, dass seit dem von Putin gegen die Ukraine geführten Angriffskrieg die Grenzen von Innenpolitik und Außenpolitik immer weniger relevant werden.

Rund 70 Bürgerinnen und Bürger nahmen die Gelegenheit wahr und hatten eine Menge Fragen an meinen MdB-Kollegen und mich. Die Entscheidungen der aktuellen Regierungspolitik und das (Nicht-)Handeln der rot-grün-gelben Regierung konnten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nachvollziehen. Es war ein sehr lebhafter Austausch in einem überfüllten Saal zu diesen und vielen weiteren Fragen:

Warum erreicht Deutschland das 2%-Ziel der Ausgaben für die Bundeswehr trotz kürzlich erfolgter Zusage durch den Kanzler nicht? Warum laufen Kernkraftwerke nicht länger, wenn wir teures Gas verbrennen, um Strom zu erzeugen? Warum wird anstelle eines 49€ Tickets für den Fernverkehr nicht ein sinnvollerer Regioticket fürs Land eingeführt? Warum benötigen wir so lange, um ein Freihandelsabkommen mit Kanada zu schließen, während China sich „ratzfatz“ in den Hamburger Hafen einkauft?

Die Veranstaltung wurde vom CDU Stadtverband Zell sehr gut organisiert, danke dafür!



Gesundheitspolitische Tour durch Südbaden mit meinem MdB-Kollegen und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Sepp Müller

Startpunkt unserer Tour war die Markgräflerland-Klinik in Bad Bellingen. Hier wurde erörtert, dass Reha-Einrichtungen für das Jahr 2022 jetzt einen einmaligen Energiekostenzuschuss erhalten sollen, der die gestiegenen Energiekosten für Erdgas,

Wärme und Strom zu 95% kompensiert. In einem weiteren Schritt sollen ab dem 01.03.2023 die Preise für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme sowie für Strom gedeckelt werden. Dass eine bedarfsgerechte Finanzierung auf der Agenda bleiben muss, zeigt ein Blick auf die Vergütungssätze: 130€ bis 150€ beträgt in der Regel der Tagessatz für einen Patienten einer Reha-Klinik. Darin sind nicht nur Unterkunft und Vollpension, sondern auch alle ärztlichen, therapeutischen und pflegerischen Maßnahmen, Medikamentenkosten sowie alle Bau- und Sanierungsmaßnahmen enthalten. Für eine bedarfsgerechte Finanzierung ist eine Steigerung von 25% erforderlich!

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Deckelung des Reha-Budgets der Rentenversicherung vorübergehend ausgesetzt wird, schließlich haben während der Corona-Zeit kaum Rehas stattgefunden und müssen nachgeholt werden. Wenn Patientinnen und Patienten wegen Reha-Schließungen nicht mehr zeitnah aus der Klinik in die Anschluss-Rehabilitation entlassen werden können, droht in den Krankenhäusern wegen längerer Liegezeiten ein Versorgungskollaps.

Zweite Station war das Universitäts-Herzzentrum Freiburg-Bad Krozingen im Breisgau, eine auf die Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen spezialisierte Klinik mit den Fachgebieten Kardiologie, Herz- und Gefäßchirurgie und Angiologie. Das Herzzentrum Bad Krozingen zählt mittlerweile zu den bedeutendsten Herzkliniken in Deutschland.

Thematisiert wurde die von Gesundheitsminister Lauterbach versprochene "Revolution" für die Krankenhäuser. Prof. Dr. Dr. Frederik Wenz, Leitender Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Freiburg, kritisierte kürzlich vorgestellten Pläne der Regierungskommission zur Krankenhausversorgung. Wenz betonte unter anderem: Qualitätsmedizin ist ökonomisch! Ein Knackpunkt aus Sicht der Unikliniken wird die geplante Neuregelung der Kriterien für die Honorierung sein. Dies betrifft die Unikliniken als "Maximalversorger", die einen sehr breiten Fächerkanon anbieten müssen. Entscheidend wird bei Lauterbachs "Revolution" letztlich sein, wie viel Mitspracherecht der Bund bei der Reform der Krankenhausstruktur tatsächlich bekommen soll, denn die Krankenhausfinanzierung und Planung ist Ländersache. Die "Revolution" wird daher vom Bundesrat, also von den Ländern, mitentschieden und letztendlich bestimmt.

Gemeinsam haben Sepp Müller und ich zum Abschluss Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker zum "Runden Tisch Lieferprobleme von Medikamenten und Medizinprodukten" eingeladen.

In den letzten Monaten sind Nachrichten über Lieferengpässe bei Medikamenten Dauerthema: In Apotheken fehlen Standard-Arzneimittel wie Fiebersäfte, Blutdrucksenker, Hustenmittel, aber auch für Penicillin muss inzwischen öfter ein anderes Antibiotikum aufgeschrieben werden. Bekannt ist auch der Engpass beim Brustkrebsmittel Tamoxifen, was bundesweit nicht lieferbar war. Wir haben mit den Expertinnen und Experten diskutiert, was Lösungsansätze sein könnten:

- verbindliche Meldepflichten bei drohenden oder bestehenden Lieferengpässen versorgungsrelevanter Arzneimittel
- längere Vorratshaltung bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln, um so eine nationale Arzneimittelreserve aufzubauen: Oder sollten wir anstatt fertige Medikamente lieber Rohstoffe lagern?
- Wie sinnvoll sind Exportbeschränkungen im Falle bestehender Lieferengpässe und sind diese überhaupt möglich?

Kritisch diskutiert wurden auch Rabattverträge: Hier gibt es die Forderung, dass Rabattverträge nur ausgeschrieben werden, wenn mindestens drei Anbieter und zwei Wirkstoffhersteller vorhanden sind. Um die Vielfalt und damit eine Unabhängigkeit

weiterhin zu gewährleisten, sollte die Vergabe grundsätzlich auf mindestens zwei unterschiedliche Anbieter verteilt werden.

Langfristige anzustrebende Ziele sind eine Rückkehr von wichtiger Arzneimittelproduktion in die EU, auch um die Marktchancen und damit den Absatz für Arzneimittel "Made in Europe" durch Einbezug von Nachhaltigkeitskriterien zu erhöhen.



natürlich. für Sie. engagiert. Austausch mit dem Hauptzollamt Lörrach

Als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim ist mir der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig. Nur so kann ich erfahren, wo "der Schuh drückt". Im Dezember habe ich mich daher mit Matthias Heuser, Leiter des Hauptzollamts Lörrach, Frank Schweizer, Leiter Sachgebiet Kontrollen, Andreas Schnetzler, stellv. Leiter des Zollamtes Weil am Rhein-Autobahn und Antje Bendel, Pressesprecherin des Hauptzollamts Lörrach, Stabsstelle Kommunikation getroffen. In unserer Region mit drei Landesgrenzen, inklusive einer EU-Außengrenze zur Schweiz bestehen besondere Herausforderungen an die zolltechnische Tätigkeit. Oft finden die besonderen Bedingungen, unter denen der Zoll im Dreiländereck arbeiten muss, nicht das ausreichende Maß an Anerkennung und Verständnis auf der Berliner Ebene. Ich werde mich deshalb - ganz im Sinne einer Botschafterin unserer Region auch für die besonderen Herausforderungen des Zolls in Berlin einsetzen!

Wir haben unter anderem über das Dauerthema "grüner Ausfuhrkassenzettel" gesprochen. Wir sind uns einig, dass die digitale Zollabfertigung im nichtkommerziellen Reiseverkehr weiter vorangebracht werden soll! Wir brauchen die Umsetzung der sogenannten "IT-AKZ-App" ("AKZ" = "Ausfuhrkassenzettel").

Auch die "eGestellung" (elektronische Gestellungsmitteilung) haben wir thematisiert. Diese

wird ab 2023 relevant. Die Bedenken, dass es ab dem 01.01.2023 Staus bis nach Bern geben wird, konnten ausgeräumt werden!

Augenblicke



...Weihnachtszeit ist Ehrenamtszeit: Waffelverkauf für den Kiwanis Club Lörrach und Dreikönigsklopfen für den Verein Chinderlache...



...Besuch von der Weihnachtsfrau bei der Weihnachtsfeier der Frauenunion Rheinfelden... als Vertreterin des Bundestages bei der Sitzung des Verwaltungsrats des deutsch-französischen Jugendwerks in Paris...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Dienstag, 10. Januar: Besuch meiner MdB-Kollegin Anette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauenunion Deutschlands, im Wahlkreis

Freitag, 13. Januar: Sitzung der Frauen Union KV Lörrach

16. Januar - 20. Januar

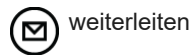
Plenarwoche Bundestag Berlin

Sonntag, 22. Januar: Veranstaltung des Deutschen Bundestags und der Assemblée Nationale zum 60. Jubiläum des Élysée-Vertrages in Paris

23. Januar - 27. Januar

Plenarwoche Bundestag Berlin

27. - 28. Januar Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de